

Ersteinstufig
nachmitt. mit Ausnahme
des Sonn- und Feiertags.

Abonnementspreis
monatlich 50 Pf.,
vierteljährlich 1 50 Pf.,
jährlich 5 00 Pf.,
pro Jahr frei ins Haus.
Für die Postbezogen
1 00 Pf. zuz. 20 Pf.

„Die Neue Welt“
Internationales Organ,
durch die Post abgeh.
Für Postbestellung in Pf.,
monatlich 50 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Kriegsamm.-Kreuz.
Polenkreuz. K. u. K.

Die Neue Welt

Insertionsgebühr
betragt für die 6 Spalten
10 Pfennig ober deren Raum
20 Pfennig.
Für ausserhalb Angelegen
25 Pfennig.
Im reaktionären Falle
kostet die Zeile 75 Pfennig.

Insertate
Für die 6 Spalten Nummer
müssen (falls in die vor-
mittags (bis 10 Uhr) ein-
gekommen) abzugeben
sein.

**Ergebnisse in die
Postkastengasse.**

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebemverda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Barz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Barz 42/43. Sprechstunde werktags 12-1 Uhr mittags.

International - vaterlandslos.

Obgleich nach den neuesten Anschauungen die Weltanschauung noch weit im Felde stehen soll, müssen unsere Gegner doch schon ununter den Tag und verbreiten nach allerlicher Seite alle die Schwärzereien, wenn sie vor den Sozialdemokraten grandul zu machen haben. Darunter sind das Märchen von der angeblichen „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokratie wieder eine hervorragende Rolle: die Sozialdemokraten tragen ja selbst, daß sie international seien, also vom Vaterland, von seiner Größe und Höhe wollen sie nichts wissen, ihm sind sie feindlich gesinnt!

Es ist nicht bloß der berüchtigte Reichsverband, der solche Behauptungen in die Welt setzt; man findet sie auch bei Gegnern, die sich im allgemeinen eines anständigen Bekleidens bescheiden und bei denen man dann wohl auch keine auffällige Entstellung, sondern Selbsttäuschung wird annehmen dürfen. So hat z. B. die liberale Frauenführerin Marie Wischniowski im vorigen Jahre eine Broschüre herausgegeben, die die bürgerlichen Parteien zur Beteiligung an der Politik anregen soll. Darin lesen wir (S. 18) vom Internationalismus, daß er „das Recht aller Nationen anerkennt und das Selbstbehauptungsrecht der eigenen Nation auf Schritt und Tritt leugnet“. Und weiter heißt es von der Sozialdemokratie, sie sei „immer auf dem Plan, wenn es gilt, alles was deutsch, was national ist, herabzusetzen, die Gegner des Reichs zu stärken, ja den Deutschen die nach außen Schwärzereien zu bereiten und die Hingebung an das Vaterland in den Herzen der Jugend zu untergraben“.

Wie gelangt, wir wollen gern annehmen, daß Frä. Wischniowski das, was sie da geschrieben hat, selber glaubt. Aber in der Richtung unterrichten sich diese Kreise nicht von irgendwelchen Verleumdungen des Reichsverbandes, und deshalb sind sie auch kaum weniger frivol. Ein ausländischer Kolportist ist verpflichtet, sich über die Dinge vorher zu unterrichten, aber die er schreiben will, damit er auch nicht unfähigerweise Verleumdungen in die Welt setzt, die anderen zu schaden geeignet sind. Und in diesem Falle wäre es gerade für Frä. Wischniowski gar nicht so falsch gewesen, sich bezüglich zu informieren. Die Dame hat schon wiederholt eine sehr schwerwiegende Verleumdung für den Abgeordneten Kaumann an den Tag gelegt. Sätze wie nun mit Liebe und Anbacht dessen Büchlein über die politischen Parteien gelesen, so hätte sie darin (auf S. 30) folgenden Satz gefunden:

Das Wort „national“ war (in der Zeit von 1848-1878) ein leuchtendes Wort der Hoffnung, des Kampfes und des Aufschlusses gewesen. Die größte Veränderung der deutschen Geschichte, die Hebung der Kleinrenten, war unter der Fahne erfolgt: Nationen wollen wir werden! Von 1878 an aber hieß das Wort „national“ mit einem Mal die Ablehnung der nicht hammerwunden Elemente; dann bedeutete nun das Wort „national“ die Ablehnung ausländischer Einfuhr in das deutsche Wirtschaftsgelände. Das habe freie Nationen damals mit einem Mal lauter ängstliche Züge; die Fremden können uns schaden, können uns Deutsche überwinden.

Das bedeutet für jeden, der lesen kann: der Gehalts der nationalen Zusammengehörigkeit Deutschlands ist enthalten die gegen den bestigen Widerstand derjenigen, die die alte Kleinrenten erhalten wollten; das waren die Konservativen, sie, die heute das Wort „national“ am liebsten im Munde führen. Es bedeutet also unheimlich einen Schritt ins Graue, aber die engen Grenzen der damaligen deutschen Kleinrenten hinaus; kurz, es bedeutete das Gegenteil, was man ihm heute an Sinn beilegt. Als nämlich das Deutsche Reich, die deutsche Nation gegen den bestigen Widerstand der reaktionären Elemente den nach zu Hause gekommen war, da griffen sie schnell das alte gute Wort auf und bedekten seinen alten guten Sinn, machten daraus eine kleinliche, ängstliche Abwehr gegen die anderen Völker. So in den Raum, und er hat die ganze ausnahmsweise recht. Wenn man das aber weiß - und eine Verehrerin Mannmanns müßte es bei allen anderen wissen - dann muß das doch sehr mißverständlich gegen den Gebrauch des Wortes „national“ im Munde unserer Kleinrenten sein, wenn sie die einzelnen deutschen Kleinrenten, so wie sie früher das Zusammenkommen miteinander, so abheben wollen gegen das Zusammenkommen miteinander, so wollen sie heute das Deutsche Reich abheben gegen das Zusammenkommen mit anderen Nationen. Und wie einst gegen die rückwärtigen Treiben die nationalen Bestrebungen das Interesse des Antiquarats übertrugen, weil sie zum historischen Zusammengehörigkeit über die Grenzen hinaus aufzuerstehen, so tun das heute die internationalen Bestrebungen.

Dazu kommt aber ein weiteres. Weshalb haben dann einst die reaktionären Elemente dem nationalen Gedanken solchen Widerstand geleistet? Was heimlich die Antiquaratsinteresse! In all den unglücklichen deutschen Kleinrenten, daß es ja eine kleine herrschende Klasse, die in ihren heillosen Dörfchen daselbst nicht ohne sein wollte und die Staatsmacht, die in ihren Händen lag, mißbrauchte, um ihr Sonderinteresse zu verteidigen gegen das Interesse der Nation. - Und wie liegen die Dinge heute? Und heute hat die Nation, das Volk das größte Interesse an möglichst innigen und friedlichem Zusammenkommen mit anderen Völkern. Wer aber jenseit die Leute, die heute den angeblich „nationalen“ Gedanken ver-

treten und ihn durch Forderungen gegen andere Völker beizugehen? Was die Gegner von der Sperrung der Grenzen für Vorteile haben, ist bekannt. Aber auch aus den Kreisen der Handels- und Industrievertreter mögen zwei Beispiele genommen. Die in Braunschweig erheinende Braunkohlewasserung, ein Produkt der Internation, hatte am 1. März 1907 über die besten Geschäftslage im Rechner und schrieb folgendes Geleitwort:

Da ein freischichtlicher Krieg - fast müßten wir sagen Leid - zur Zeit nicht in Sicht ist, so könnte nur eine gründliche Erkennung der vorliegenden, schwer mit Verträgen verbundenen Drogenverhältnisse erleichtern.

Und um dieses Ziel suchte die Firma Jellen & Co. in Göttingen in Köln ihre Arbeiter für Neuen und Sozialpolitik zu begeistern, mit der Begründung: Da wir jetzt schon einerseits einen verhältnismäßig großen Teil des aus den deutschen Kolonien bezogenen und andererseits unsere Lieferungen an die deutsche Kriegsmarine einen beträchtlichen Teil unserer Zamerproduktion bilden. - Weiter ist die wichtigste Voraussetzung ist es, der sich beizugehen hinter dem „nationalen“ Gedanke verliert.

So fast denn aber unangehörig geschrieben, daß der internationale Gedanke der Sozialdemokratie das Selbstbehauptungsrecht der Nation leugnet; aber gar ihre Schwärzereien bereitet? Gerade das Gegenteil ist wahr! Da Frä. Wischniowski innerhalb der Sozialdemokratie einen sorgfältigen Unterschied macht, die besten Sozialisten verdammt und die guten Revisionisten in ihr liebes Reich schließt, so wollen wir hier auf diesen letzten Anmerk. erwidern mit den Worten, die unser reaktionärer Gegner David am 4. März 1907 unter lebhafter Zustimmung der Mitglieder im Reichstag sagte. Die Worte lauten: Wir verlangen als erste nationale Forderung massenhafte Erhebung der breiten Massen des Volks in Stadt und Land von unten auf. Das ist der Kampf unter der Nationen und der Welt. Das ist die zweite nationale Forderung: Bildung für das ganze Volk! Wer kann denn im Reich unsere nationalen Denter und Denter? Wer kann sie lesen, wer hat die Zeit dazu? Sind die großen Schöpfungen unserer Wissenschaft, unserer Kunst eingedrungen ins Volk? Nein, sie sind heute nur ein Privileg einer kleinen privilegierten Klasse. - Der dritte, ebenso wichtige Punkt der nationalen Wohlfahrt ist die Förderung der Mühseligkeit unserer Völker. Es ist für die Nation der Dichter und Denter ein beklammerndes Juchend, daß das Volk über seine Geistes: nichts zu sagen hat. Wir verlangen die volle Selbstbestimmung des Volkes, ein demokratisches System, wo der Wille des Volkes und sein oberstes Gesetz ist. Dieses unser nationale Programm halte ich für größer und schöner als das Ihrige.

Die Rechtsräuber an der Arbeit.

Die Selbstverwaltung der Klassen in Gefahr!
In der Dienstags-Sitzung der Reichslegationskommission für die Verfassungsänderung fanden eine Anzahl Anträge zur Generaldebatte, die von den Kompromittierten, den Konföderierten, dem Zentrum, den Nationalliberalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung aufgestellt worden sind. Es handelt sich um die Aufhebung der Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter in der Arbeiterverwaltung, um die wahren Verhältnisse, soll künftig der Ausschuss der Räte nicht mehr mit einfacher Majorität entscheiden, sondern die Vertreter der Arbeiter und der Internation müssen in jeder Entscheidung zu dem gleichen Beschluß kommen, wenn er Geltung haben soll. Die bürgerlichen Parteien wollen damit den Einfluß der Arbeiter brechen, ohne die Halbierung der Beiträge in den Mann zu nehmen, die in der Regierungsvorlage vorgesehen ist. Weiter wird beantragt, daß Beamte nur dann vom Vorstand angeheilt werden können, wenn die Mehrheit der Internation und Arbeiter zustimmt.

Damit wird den Mitgliedern der Klassenfassen das Recht, durch ihren Vorstand ihre Angelegenheiten frei zu wählen, zu verlieren und die Anstellung der Klassenfassen von der Zustimmung der im Vorstand vertretenen Internation abhängig gemacht.

Eine Vermittlung, die denselben Zweck verfolgte, war auch schon im Regierungsentwurf der Verfassungsänderung enthalten. Sie war dort die mehr oder minder logische Konsequenz jener anderen Vermittlung, die die Vertragsparteien und die Verlegung des Vorstands zwischen Internation und Arbeiter halbieren wollte, um den Zweidrittelmehrheit der Arbeiter in den Klassen zu werden. Die Vermittlung ist demnach abgelehnt worden, weil die bürgerlichen Parteien vor einer so offenkundigen Vermittlung der Selbstverwaltung zurücktreten. Am 10. März das Ziel, das man auf geradem Wege nicht erreichen konnte, auf dem umständlichen Wege erreicht werden. Aber sollen die Arbeiter zwei Drittel der Verhandlungen befehlen, aber diese zwei Drittel der Arbeiter sollen in der Frage der Beamtenanstellung nicht mehr gelten, als es ein Drittel der Internation. Diese Zahlen sind nicht mehr als bisher, befehlen aber eine höhere Rechte. Die Arbeiter zahlen nicht weniger als bisher, befehlen aber geringere Rechte. Diese Lösung, die den Starren nur gibt, den Schwachen nur nimmt, ist vom Standpunkt der bürgerlichen Parteien aus geradezu genial. Aber man sieht bei dieser Gelegenheit wieder

einmal, was man von der Arbeiterfreundlichkeit dieser Herrschaften zu halten hat.

Der Zweck dieses neuen Verordnungsentwurfes ist klar. Es handelt sich darum, politisch verächtlichen Menschen, namentlich also Sozialdemokraten, den Weg zur Reichweite abzuschneiden. Wer für sozialdemokratisch befähigt ist, im Zentrum und Gemeindeführer, unmöglich, er darf nicht Beamter oder Richter sein, und wo der Einfluß der Internation sonst reich, muß man ihn auch als Arbeiter aus dem Betriebe hinaus und setzt ihn auf die schwarze Liste, um seine Wiedererziehung zu unterbinden. Das ist das intente empfindliche Ziel, den politischen Gegner auszuschalten, um ihn auf diese Weise zur Staatsruhe und Gottesdienst zu erziehen und zu einem Werkzeug dieses Systems fallen zu lassen, das die Internation schon aufzuheben werden, daß ja kein politisch Verächtlicher in Klassenfassen unterkommen. Und politisch verächtlich werden den Internation nicht nur jene Vorkämpfer sein, die aus der politischen Bewegung der Sozialdemokratie kommen, sondern namentlich auch solche Personen, die sich durch gewöhnliche Geschäftigkeit und Befähigung das Vertrauen der Arbeiter erworben haben.

Kann wirklich Internation und Arbeiter eine Einigung über die Anstellung nicht aufstehen, so kann am Tage darauf die Anstellung beschloffen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden für sie stimmen. Jedoch bedarf es jedoch der Zustimmung durch das Verordnungsamt, die nur auf Grund von Tatsachen verlag werden darf. Die darauf schließen lassen, daß dem Vorgehens die erforderliche Zustimmung, insbesondere für eine unparteiische Abgrenzung seiner Dienstverhältnisse, oder „Richtigkeit“ fehlt. Die mangelnde Befähigung durch die Mehrheit der Internationengruppe kann also nur durch eine amtliche Befähigung ersetzt werden, die nach der Ansicht der Antragsteller Sozialdemokraten verlag werden soll. Es ist für das Verordnungsamt, wenn es von der Regierung entsprechend instruiert ist, ein Zeichen, aus dem Handlungsbedarf heraus zu erklären, daß von diesem oder jenem Bewerber wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstverhältnisse nicht zu erwarten ist. Folge dieser komplizierten Bestimmung aber wird sein, daß der Mangel an politischer, gesamtgesellschaftlicher oder „Richtigkeit“ fehlt. Die mangelnde Befähigung durch die Mehrheit der Internationengruppe kann also nur durch eine amtliche Befähigung ersetzt werden, die nach der Ansicht der Antragsteller Sozialdemokraten verlag werden soll. Es ist für das Verordnungsamt, wenn es von der Regierung entsprechend instruiert ist, ein Zeichen, aus dem Handlungsbedarf heraus zu erklären, daß von diesem oder jenem Bewerber wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung eine unparteiische Wahrnehmung seiner Dienstverhältnisse nicht zu erwarten ist. Folge dieser komplizierten Bestimmung aber wird sein, daß der Mangel an politischer, gesamtgesellschaftlicher oder „Richtigkeit“ fehlt. Die mangelnde Befähigung durch die Mehrheit der Internationengruppe kann also nur durch eine amtliche Befähigung ersetzt werden, die nach der Ansicht der Antragsteller Sozialdemokraten verlag werden soll.

Mit diesem neuen Keinen Ausnahmefall werden die bürgerlichen Parteien also nur neue Erbsitzung schaffen, ohne ihr eigentliches Ziel auch nur im entferntesten erreichen zu können. Aber weil es sich um das Prinzip der politischen Gleichberechtigung und weil es sich um das Recht der Arbeiter handelt, ihre Beamten an den Kassen, deren Mitglieder sie sind und deren Zinsen sie tragen, selbst angewöhnen, darum wird die Sozialdemokratie die arbeitenden Klassen in der bürgerlichen Mehrheit dieses neuen Gesetzes nicht lassen und aller Schwärzereien kämpfen. Am Mittwoch fällt in der Kommission die Entscheidung, Zentrum und Nationalliberalen sind auf diesem starkmajoritären Antrag in gleichem Maße mitstimmig. Während sich diese Parteien in der letzten Zeit auf ihr Recht befehlen, findet man sie jetzt wieder in schöner Einigkeit unter konformistischer Führung. Der Modus oder reaktionären Kapitalistischen Parteien ist sofort wieder hergestellt, sobald es gegen die Arbeiter geht!

Briand's Ende.

Aus Paris wird uns geschrieben: Die Mention ist untröstlich. Briand ist auf der Strecke. Das ist so barmherzig, daß Briand es sich selbst eingehend und Herrn Kallidies seine Demission überreichte. Schon werden die eventuellen Nachfolger aufgestellt werden. In den Verhandlungen der Kammer beschließt man sich mit der Anstellung von Ministerlisten. Das alles hat man schon einmal gesehen und ist in der Ordnung der parlamentarischen Dinge.

Was neu, oder doch außerordentlich ist, das ist die Abwesenheit der üblichen „warmen Reden“, der Aufzählung der unheimlichen Taten des „feindlichen“ gegangenen Ministerpräsidenten. Man denke doch, daß Briand fast auf den Tag fünf Jahre ununterbrochen Minister war, eine Langzeitigkeit, in der er nur von wenigen Ministern der dritten Republik abgelöst wurde. Es ist nicht mehr möglich, daß man aus einer gewissen selbstbewußten Meißelung, die Metrologie der Journalisten kennt solche Strapazen heute nicht mehr. Die Wahrheit ist viel einfacher: lieber die Werke der Ministerpräsident Briand gibt es überhaupt nichts zu schreiben.

Als Briand noch Sekretär des jährlichen Parteitagung war, erkrankte er sich auf seiner Tätigkeit eines großen Rufes. Er war stets ein geschickter Jongleur von Wort gewesen, ein amüsanter Erzähler von mehr oder weniger gelassenen Anekdoten, nichts war ihm aber mehr fremd, als methodische Arbeit. Sein politisches Glück hat er durch die Abneigung von zwei Ideen gemacht: 1. der Generalstreik, 2. die Trennung von Staat und Kirche. Beide Ideen hat er anderen gestiftet. Mit

Aus der Partei.

Die Reichstagskandidatur für Berlin IV.

Das Reichstagskandidat für Berlin IV. ist der sozialdemokratische Wahlkreis für den vierten Wahlkreis hatte zu Dienstagabend eine außerordentliche Generalversammlung nach Heiners Heilsfeld in der Kappelerstraße einberufen, um für den bevorstehenden Reichstagsabgeordneten Eingangs einen neuen Kandidaten aufzustellen. Der große Saal war bei Beginn der Versammlung von über 3000 Mitgliedern besetzt. Der Kandidat Otto Wädner hielt einen Vortrag über die bevorstehende Reichstagswahl und wurde dann einstimmig als Reichstagskandidat aufgestellt.

„Freiheit“. Genosse Feldmann vom Sangerhauser Professor aus dem Culenburg hat am 21. Februar das Gerichtsgebäude in Heinersfeld aufgeschloßen. Er wurde wegen einer Kritik der Polizeizustände bei der Waidenburger Straßendemonstration zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, die er nun absitzen hat.

Aus den Organisationen. In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Frankfurt a. M. wurde mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl im letzten Halbjahr um 528 gewachsen ist. Der Mitgliederstand ist 7455, darunter sind 587 weibliche Mitglieder. Das vierte Quartal brachte eine Einnahme von 16.268,50 M., gegen 11.238,10 M. im dritten Quartal.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der Bäder und Konditoren.

Die Bäder und die in Bädern beschäftigten Konditoren sind in eine lebhafte Agitation zur Eringung des wöchentlichen Ruhetages eingetreten. Besonders in Groß-Weilheim rufen sie sich, in diesem Jahre einen energigen Vorstoß zu unternehmen. In allen Versammlungen wurde einstimmig erklärt, daß nicht nur die Eringung des wöchentlichen Ruhetages, sondern mit Rücksicht auf die ungewehrte gesteigerte Lebensmittelpreise auch eine Lohnerhöhung angestrebt werden müsse. Soweit es sich jetzt überlegen läßt, scheinen die Sachverhalte bei den Bädern in der Verhandlung zu gewinnen, wogegen in der Frage der Ruhetagsforderung wollen die hartnäckigen Widerstand leisten. So wird es wohl zu einem erbitterten Kampfe kommen, mit dem die Stellen aus rechnen.

In Samburg-Weilheim beschloßen in einer von 1400 Reichstagsmitgliedern besetzten Versammlung am 28. Februar die Bäder und Konditoren, den bestehenden Tarifvertrag mit der Zwangsbindung zu kündigen und der Internerorganisation die Forderungen zur Erhöhung des Mindestlohnes, Einführung der sechsstündigen Arbeitswoche in allen Betrieben und der achtstündigen Arbeitszeit in den Großfabriken zu unterbreiten. Der Internerorganisation der Konditoren sind bereits die Forderungen übermittleit worden. Ferner wurden die Tarife in Elberfeld, Mannheim und in mehreren bayerischen Städten gefordert.

Außerdem beschloßen die Bäder in Breslau und Stuttgart eine Lohnbewegung einzuleiten, und in Frankfurt (Main) wird der Bäderinnung erneut die Forderung unterbreitet, den wöchentlichen Ruhetag einzuführen. Zugug von Bädern und Konditoren nach den genannten Städten ist streng fernzuhalten.

Tarifbewegungen in der Brauindustrie.

Die Leipziger Brauereiarbeiter haben den seit 1. April 1908 für 16 Brauereien und 5 Bierneubereitungen gültigen Tarif gekündigt. In Rücksicht auf die zunehmende Teuerung des Lebensunterhalts muß auf eine Lohnerhöhung gezwungen werden. Eine neue Verhandlung der Brauereiarbeiter nahm die von der Kommission aufgestellten Forderungen, die außer einer zeitgemäßen Lohnerhöhung und sonstigen Verbesserungen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von 9½ auf 9 Stunden enthalten, einstimmig an.

Auch die Brauereiarbeiter in Libed haben ihren Tarif gekündigt. Sie verlangen eine Lohnerhöhung, Verkürzung der Arbeitszeit, Entschädigung der Sonntagsarbeit und Regelung der Arbeitszeit für Bierfahrer.

Ferner stehen die Brauereiarbeiter in Hannover in einer Tarifbewegung. Der gegenwärtige Vertrag umfaßt 7 Brauereien. Verlangt werden neben Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit noch sonstige zeitgemäße Arbeitsverbesserungen. Nach vierwöchigem Streik der Arbeiter hat sich die Malzfabrik Carl Walkhauer in Mainz-Weisenau zu einer Eringung bequemt und eine Verkürzung vereinbart. Erreichung wurde eine ½ tägige Arbeitszeiterhöhung, 2,50 M. Lohnerhöhung pro Woche neben sonstigen Arbeitsverbesserungen.

Aus den Nachbarstaaten.

Merseburg. Parteifunktionäre. Am Donnerstag, den 2. März, 9 Uhr abends, Sitzung in der Kaiser Wilhelmstraße. **Schluß.** Von der Autoralerei. Am 25. September v. J. hatte ein Leipziger Motorradfahrer einen Ausfluß nach Schöneberg unternommen, an dem sich auch der 22-jährige Lehmler Johannes Wogusch beteiligte. Als er und sein Freund als Nachzügler die Leipziger Straße entlang liefen, kam ihnen der Landwirt Kurtius mit einem jungen Ferkel, das er an der Hand führte, entgegen. Bei dem mit großem Spektakel heranrollenden ersten Motorrad wurde das junge Ferkel tötet und rief keinen Laut aus. Letzterer wurde von Knauts Rad ergriffen und auf dem Hinterkopf etwa 100 Meter entlang gewirft. Der Streik wird recht erhebliche Verletzungen. Das hiesige Schöffengericht hatte aber den Fahrer von der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung freigesprochen, da kein Verbrechen nachgewiesen werden konnte. Auf eingehende Beratung beim Landgericht in Halle verurteilte der Straßenschiedsgericht den Knauts am 10. März des Jahres 1907 für dieses die gleiche Geldstrafe wie im Vorjahre (12 Bros.) in Aussicht zu nehmen. Die Arbeiter, die die Aktionäre die 12 Prozente erlischt haben, können sich, wie immer, den Mund wahren.

Schraplau. In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben zwölf Punkte auf der Tagesordnung die Revision der Kassen hatte zu feierlicher Erinnerung Anlaß gegeben. Die Kassenrechnung veranschlagt, 50 Meter in der Bahnhofstraße zu plattieren. Am dies erst im nächsten Jahre auszuführen zu können, hatte die Verwaltung einen Antrag eingeleitet, der aber abgelehnt wurde. Der Antrag auf Anschaffung von Stadtblöcken für die Mitglieder der hiesigen Körperverletzten wird genehmigt. Ueber die Geschäftsbildung des Stadtverordnetenkollegiums soll in nächster Sitzung beraten werden. In der Geschäftsbildung ist ein Paragraf

Zwischenfall. Gemünster Arbeiterschweiss. Laut Mitteilung der Verwaltung der Niedersächsischen Montanwerke ist nach den bisherigen Ergebnissen der Geschäftsjahres 1907 für dieses die gleiche Dividende wie im Vorjahre (12 Bros.) in Aussicht zu nehmen. Die Arbeiter, die die Aktionäre die 12 Prozente erlischt haben, können sich, wie immer, den Mund wahren.

Schraplau. In der letzten Stadtverordnetenversammlung haben zwölf Punkte auf der Tagesordnung die Revision der Kassen hatte zu feierlicher Erinnerung Anlaß gegeben. Die Kassenrechnung veranschlagt, 50 Meter in der Bahnhofstraße zu plattieren. Am dies erst im nächsten Jahre auszuführen zu können, hatte die Verwaltung einen Antrag eingeleitet, der aber abgelehnt wurde. Der Antrag auf Anschaffung von Stadtblöcken für die Mitglieder der hiesigen Körperverletzten wird genehmigt. Ueber die Geschäftsbildung des Stadtverordnetenkollegiums soll in nächster Sitzung beraten werden. In der Geschäftsbildung ist ein Paragraf

hauses hat der Kultusminister v. Trost zu Holz auf eine national-liberale Anfrage wegen feiner Stellung zum Antimodernität eine Antwort erteilt, die dem Zentrum wohl nicht in allen Teilen gefallen dürfte. Offenbar handelt es sich eben wie bei der Erklärung des Handelsministers Schow über den Kanjabinum um einen jener Handelsfragen Verträge der Regierung, die Nationalliberalen dauernd von der Fortschrittspartei zu trennen und auf ihre Seite hinzuzuziehen. Der Kultusminister erklärte nämlich, durch den Modernität sei das Ansehen der katholischen Fakultäten in Frage gestellt. Ihre Aufhebung scheint ihm nicht mehr ganz indiskutabel, obwohl er natürlich sich schwer hätte werden, sie zu beantragen.

Das Zentrum wies gegenüber der Wehe des Ministers darauf hin, daß auch die evangelischen Theologieprofessoren an dogmatische Festhaltungen gebunden seien. Wollte man also die katholischen Fakultäten aufheben, so müsse man mit den evangelischen ein Gleiches tun. Das ist zweifellos logisch konsequent und unanfechtbar richtig.

Aber nicht nur an den theologischen Fakultäten beider Konfessionen, sondern auch an den juristischen und philosophischen herrscht, soweit es sich um Fragen der Politik handelt, in Preußen keine Freiheit der Forschung. Diese Freiheit will der preussische Staat ebenmäßig wie die katholische Kirche. Zwischen beiden handelt es sich um die freie Forschung, sondern nur um einen Streit, wer von beiden die Rechte streifen soll, nach der die Professoren stehen müssen.

Für Landtagswahl im Kreis Gerold-Größe-Bielefeld. Die Vorhände der beiden Kreisorganisationen haben als Wahlkomitee der sozialdemokratischen Partei infolge des Verlusts der Bielefelder Nationalliberalen den Verlust gefordert, die Wahlmänner der sozialdemokratischen Partei aufzufordern, sich an der Wahl des Abgeordneten am 2. März nicht zu beteiligen. Die Bielefelder Nationalliberalen haben bekanntlich mit den Konfessionen das Abkommen getroffen, daß die nationalliberalen Wahlmänner geschlossen für den Konfessionen einzutreten haben. Dadurch ist die Wahl des Konfessionen von vornherein gesichert und auch die sozialdemokratischen Wahlmänner können durch Unterbreitung der Liberalen dieses Resultat nicht verhinern. Das sind die Gründe, weshalb die sozialdemokratische Organisation beschloß, den sozialdemokratischen Wahlmännern Zustimmung zu empfehlen.

Finnland.

Ein Mutterkammer des Zaren.

Wie der Manchester Guardian meldet, ist der Polizeichef in Wiborg erlegt worden durch einen gewissen Felonen, der eine feine Vergangenheit hat. Unter dem Vorkriegsregiment war er bei der finnischen Polizei und gab sich als Sanblanger gegen die Rechte Finnländers her. Nach Wiederherstellung der Republik, 1906, wurde er wegen Fälschung von 8 Monaten Gefängnis verurteilt, außerdem wegen ungesetzlicher Verhaftungen zu Freiheitsstrafe. Er entkam und lebte in Petersburg unter falschem Namen. Im vorigen Jahre, nach Wiedereröffnung der Vorkriegs-Politik, ließ man ihn nach Finnland zurückgehen, ohne Verbürgung der Strafen und mit einer „Entschädigung“ von über 15000 M. aus der finnischen Staatskasse.

Rußland.

Die Sozialbewegung.

Wie von den Zarenrechten weiter mit Gewaltmaßnahmen zu unterdrücken versucht. Der Rektor der Moskauer Universität, Annulow, dessen Verabschiedung im Zusammenhang mit den Studentenunruhen in liberalen Kreisen großes Aufsehen erregte, hat nunmehr eine weitere Konsekration dieser seiner Haltung erfahren, die auf die heute wieder herrschende Wälferei ein großes Licht wirft. Annulow, der als gemäßigter Mitglied dem Reichstag angehört, ist aus dem Reichstag ausgeschlossen worden. Diese Ausschließung ist ein Akt offener Gewalt und Gewaltsbewegung.

Ein Petersburger Telegramm meldet dem B. L. weiter, daß der Minister für Volksaufklärung auch die mündlich von zwölf Professoren der Universität Moskau eingereichten Abfchiedsgesuche genehmigt hat. Auf Anordnung des Ministers sind wegen Teilnahme an den Unruhen an der Universität Petersburg 67, in Moskau 75 und an den Universitäten Charlton, Noworossil, Stiew und Warshau 148 Studierende relegiert worden.

Bulgarien.

Eine saubere Kampanei.

Sofia, 2. Februar. Die Sobranie hat bekanntlich beschloßen, einige frühere Minister wegen verschiedener Vergehen in den Klagegesetzen zu verurteilen. Die amnestierten Kandidaten sind nicht zurückzuführen, vor dem Gericht große Entschuldigungen machen werden. Sie behaupten, im Besitze von Dokumenten zu sein, welche einige Führer der demokratischen Regierungspartei und selbst den langjährigen Minister erheblich belasten. Ferner verlautet, daß Dokumente existieren, die beweisen, daß einige bulgarische Politiker im Dienst der Fremden Missetat gefunden haben. Ein Beauftragter der Stambulowisten ist dem Ferdinand nach Nordung nachgereist, um ihn zu einer Intervention zu Verhinderung dieser Aufsehen erregenden Akte zu bewegen.

In der Tat: eine nette Geschicht, diese ehemaligen Minister! Stimmen aber ihre Behauptungen, die zu beweisen sie in erster Experten werden. Wo bilden wir in eine politische Klasse, wie sie in Russland auch nicht lieblicher duften kann. „Von was für Leuten mitunter doch ein Volk „regiert“ wird ...

Serbien.

Der Kriegsminister geht.

Der serbische Kriegsminister, der sich in einer Sitzung der Stupschina zu der unbedachten Behauptung hinreissen ließ, der deutsche Gesandte in Belgrad habe sich bei der Vertretung der Interessen der deutschen Geschäftsführer Erhardt von Jamitzin zu helfen lassen, hat deshalb abtreten müssen. Seine Demission ist angenommen worden. Morgen soll sein Nachfolger ernannt werden.

Portugal.

Wirtschaftsmonarchistische Agitation gegen die Republik.

Lissabon, 28. Februar. Die Regierung hat der Weisheit die Verlesung des bischöflichen Hirtenbriefes verboten. Trotz dieses Verbotes verlas die Mehrzahl der Priester der Diözese Braganza vor ihren Schäfchen die Kundgebung ihres Oberhirten. Die Bevölkerung von Samora Correia nahm die Priester fest, weil sie verächtlich, inagelien gegen die Regierung zu arbeiten. — Der Arbeiter einer gegen ihn einsetzenden Offizier wurde auf einem Hofen abberufen. Er soll geleitete Unternehmung haben, in einem günstigen Augenblick die Monarchie zu proklamieren.

enthalten, der demjenigen Stadterordneten mit 15 M. Strafe droht, der aus einer geheimen Sitzung der Öffentlichkeit etwas unterbreitet und im Wiederholungsfall für die Dauer seiner Wahl aus dem Kollegium ausgeschlossen werden kann. Nun folgt ein Antrag des Wahlenbüros Schüller, der dahin lautet, den Beamten, welche die Elektricitätsanlage und das Ansehen der Zähler zu befragen haben, eine Entschädigung zu zahlen. Ferner sollen dem Bürgermeister die 2½ Jahre Dienstalter mit anzurechnen sein, die er in Nambrunz geleistet hat. In der Begründung führte Stadtb. Schüller aus: „Die Lage für die Geschäftslente und Kleinhandwerker sei eine sehr kritische, man mühe das Mittel und Wege finden, um diese wieder etwas zu beheben, sonst würde der Mittelstand in Schraplau garlich verarmen. Man solle doch keinen Antrag annehmen und nicht am verletzten Platz sparen.“ Das die Ausführungen des Herrn Sch. gegen den Konsumverein gerichtet waren, merkte man nur zu genau. Darauf wurde der Saalherren zu Ehren gebracht. Herrn Schüller hatten einige Stadtwärter befehlen wollen, seinen Antrag im Interesse der Stadt zurückzuziehen. „Nun erst recht nicht, ich will sehen, ob die Stadterordneten die Klappe aufzum, denn sie haben doch sonst eine große Klappe“, entgegnete Herr Sch. Als ihm dies vorgehalten wurde, hatte er es nicht geacht. Ueber hierauf stellte ein Magistratsmitglied fest, daß es Sch. zu ihm gelang habe. Als Sch. es nicht nicht zustehen wollte, daß es mit der Wahrheit nicht so ganz genau genommen habe, nannte ihn der Stadtb. Kennert wiederhol einen Lügner. Es brach ein solistischer Spektakel aus und der Sitzungsaal wurde fast leer, weil die Strelitzgeiten kein Ende nehmen wollten. Als in einer Stadterordnetenversammlung für die Wahl der Kandidaten der Sozialdemokraten aufgestellt wurde, meinte Herr Stegemann: „Kraefeler könne man im Kollegium nicht gebrauchen.“ Nun sieht man die Kraefeler, es sind keine Sozialdemokraten, sondern Bürgerliche. — Hierauf wurden noch einige Armenunterstützungen erlegt. Dem Grundbesitzer Sommer löst die Armenunterstützung entzogen werden, bescheiden dem Grundbesitzer Schom.

Reinbach. Den Parteigenossen vor Nachdruck, daß die für den 5. März angelegte Dittirichsversammlung unzulässig ausfallen muß. Sie findet am 19. März, abends 6½ Uhr im Deutschen Kaiser in Kollernmansthal statt.

Getfeld. Verhaftet. Am Freitag wurde in Gülten der seit einigen Tagen im Gehloß zum Deutschen Kaiser als Hausdiener beschäftigte frühere Schweizer Friedbert Müller durch die Polizei festgenommen. Müller, der in Getfeld geboren ist, wird seit längerer Zeit bei der Staatsanwaltschaft in Nordhausen wegen Straßenaufwehns hiedrisch verfolgt.

Bitterfeld. Arbeitsniederlegung. In der chemischen Fabrik Bismarck vorm. J. Herz haben am Dienstag sämtliche Arbeiter die Arbeit wegen Lohnforderungen niedergelegt. Es wird ernst. Zugun fernzuhalten.

Greppin. Die Genossenschaftsversammlung, die am 19. Februar hier stattfand, war von etwa 90 Personen besucht. Die am weitesten reichende Referat des Genossen Bäder-Verlebung wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Für die Leistungsfähigkeit des Konsumvereins sprachen folgende: Als der alte Konsumverein noch bestand, hielten es die Geschäftsleute für nötig, nur 5 Prozent Rabatt zu gewähren, da sie die Konkurrenz des Vereins nicht zu fürchten brauchten. Jetzt aber, da der Verein sich aufgelöst hat und die Mitglieder sich dem Konsumverein für Holzpreise und Umgehend angegeschlossen haben, fürchten, bringen sie um ihren Profit und wollen nun Kunden mit 10 Proz. Rabatt Gewährung fördern. Arbeiter von Greppin, läßt sich nicht von den höchsten den Vorstellungen belockern, sondern treten dem Konsumverein für Holzpreise und Umgehend bei.

Wasserstände.

(+ bedeutet über, — unter Null).

Ort	Umfahrt und Saale	27. Febr.	28. Febr.	29. Febr.	30. Febr.
Artern, Bräunelweg		+1,24	+1,40	—	0,16
Neub. Oberpegel		+2,36	+2,64	—	0,28
„ „ „ „		+2,26	+2,58	—	0,32
Wegensitz, Oberpegel		+2,98	+3,00	—	0,02
„ „ „ „		+2,32	+2,50	—	0,18
Trotha, „ „		+3,68	+3,78	—	0,10
Alteb. Oberpegel		+2,95	+2,96	—	0,01
„ „ „ „		+3,32	+3,42	—	0,10
Bernburg, „ „		+2,63	+2,63	—	0,11
Halbe, Oberpegel		+2,25	+2,26	—	0,01
„ „ „ „		+2,88	+3,00	—	0,12

Gibe.

Ort	27. Febr.	28. Febr.	29. Febr.	30. Febr.
Dresden	+1,40	+1,50	—	0,10
Leipzig	+3,15	+3,87	—	0,72
Bitterberg	+3,97	+4,02	—	0,05
Hofslau	+3,89	+3,94	—	0,05
Harbu	+4,12	+4,15	—	0,03
Magdeburg	+3,46	+3,48	—	0,02

Beamtentisch für Bestattl. Politische Freiheit, Parteimachtigen Paul Senig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Feuilleton und Bernisches Karl Wd. Solales Otto Reicheb, Provinziales und Verammlungsberichte G. H. R. S. P. a. r. e. l., sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt Seiten.



Enten haben kurze Beine

denn die Wahrheit kommt doch immer an den Tag, namentlich bei solchen Dingen, die das Publikum selbst täglich prüfen und kontrollieren kann. Ein Beispiel hierfür ist der Malzkaffee. Fortwährend werden neue sogenannte „Malzkaffees“ unter hochtrabenden Anpreisungen in den Handel gebracht, aber sie verschwinden meistens ebenso schnell wie sie aufgetaucht sind. Nur ein Malzkaffee hat sich seit mehr als 20 Jahren in allen Kulturländern bewährt — Kathreiners Malzkaffee. — Warum? — Weil er der beste ist!

Der Gehalt macht's!

